# Preußische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 11. März 1933

Mr. 14

~	Control of the Contro	-
Tag	Inhalt:	
10. 3. 33.	Berordnung über die Einberufung bes Landtags	Ceite
10 9 99	Bonorday are sit emocrating or Eurotage	. 87
20. 0. 00.	Berordnung über anberweite Unwendung der Borichriften der Landeswahlordnung bei der Feststellung und Berufung der am 5. März 1933 gewählten Aligenrhueten vom Angelie and Derbeiten ber Derfischen Der Der Bestieften und Berufung und	0
3. 3. 33.	Polizeiverordnung zur Anderung bar Moliziwanarten gum Breugigien Landiage	. 37
Befannti	machung ber nach dem Gesete von 10 Moul 1879 Series	. 38
	Urfunden usw	,
The state of the s		. 89

(Rr. 13843.) Berordnung über die Einberufung bes Landtags. Bom 10. März 1933.

Auf Grund des Artikels 17 Abs. 2 der Verfassung wird verordnet:

Der Preußische Landtag wird auf den 22. März 1933, 15 Uhr, nach Berlin zusammenberufen. Der Minister des Innern wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Berlin, den 10. März 1933.

(Siegel.)

Das Prensische Staatsministerium. Die Kommissare des Reichs. von Papen. Göring.

(Rr. 13844.) Berordnung über anderweite Anwendung der Borschriften der Landeswahlordnung bei ber Feststellung und Berufung der am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten zum Preußischen Landtage. Bom 10. März 1933.

Auf Grund des § 108 der Landeswahlordnung vom 29. Oktober 1924 (Gesetssamml. S. 684) wird mit Rücksicht darauf, daß der am 5. März 1933 gewählte Landtag bereits auf den 22. März 1933 einberusen ist, folgendes angeordnet:

### Artifel 1.

Für die Feststellung und Berufung der bei dieser Wahl gewählten Abgeordneten zum Preußischen Landtage sind die nachsolgend erwähnten Vorschriften der Landeswahlordnung ausnahmsweise in solgender Fassung anzuwenden:

- 1. § 84 erhält folgende Fassung:
  - Der Kreiswahlausschuß verteilt nach Ermittelung des Wahlergebnisses (§ 81) die ohne Verrechnung von Reststimmen auf die Kreiswahlvorschläge entfallenden Abgeordnetensitze auf die einzelnen Vorschläge und erklärt die erforderliche Anzahl von Abgeordneten für gewählt.
- 2. Im § 86 Abs. 1 erhält Sat 1 folgende Fassung:

  Der Kreiswahlleiter hat die Gewählten zu benachrichtigen und sie unter Hinweis auf die Bestimmung des Abs. 2 aufzusordern, sich binnen drei Tagen nach Zustellung der Nachricht, notsalls telegraphisch unter nachsolgender schriftlicher Bestätigung, beim Landeswahlleiter über die Annahme oder Ablehnung der Wahl zu erklären.
- 3. Im § 86 Abs. 2 erhält Sat 1 folgende Fassung: Ist ein Bewerber für mehrere Wahlkreise gewählt, so hat er binnen drei Tagen, notsalls telegraphisch unter nachfolgender schriftlicher Bestätigung, dem Landeswahlleiter zu erklären, für welchen Wahlkreis er die Wahl annimmt.

4. Dem § 88 Abf. 3 wird folgender Sat 3 angefügt: Die Feststellung des Gesamtergebnisses kann auch durch den Landeswahlleiter allein unter Vorbehalt nachträglicher Genehmigung des Landeswahlausschuffes erfolgen.

5. Jm § 90 wird im Abf. 1 folgender Sat 2 angefügt: Die Feststellung kann auch durch den Landeswahlleiter allein unter Vorbehalt nachträglicher Genehmigung des Landeswahlausschusses geschehen.

6. Im § 90 erhält Abf. 2 folgende Faffung: Die Zuteilung dieser Sitze ist vom Landeswahlausschuß oder vom Landeswahlleiter unter nachträglicher Genehmigung des Landeswahlausschuffes vorzunehmen.

7. Im § 91 Abs. 2 erhält Sat 1 folgende Fassung: Ist ein Bewerber auf Kreiswahlvorschläge und einen Landeswahlvorschlag gewählt, so hat er binnen drei Tagen, notfalls telegraphisch unter nachfolgender schriftlicher Bestätigung, dem Landeswahlleiter zu erklären, welche Wahl er annimmt.

## Artifel 2.

Diese Berordnung tritt mit dem auf die Berkündung folgenden Tage in Kraft. Berlin, den 10. März 1933.

> Der Preußische Minister des Innern. Der Kommiffar des Reichs. Göring.

(Nr. 13845.) Polizeiverordnung jur Anderung von Polizeiverordnungen. Bom 3. März 1933.

Auf Grund der §§ 14 und 25 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzsamml. S. 77) wird für das Land Preußen folgende Polizeiverordnung erlassen.

Im § 1 Abs. 3 der Polizeiverordnung vom 28. September 1932, betr. Ergänzung der Bade= polizeiberordnung, vom 18. August 1932 (Gesetzsamml. S. 324) wird der zweite Satz gestrichen.

\$ 2.

In der Polizeiverordnung über den äußeren Schutz der Sonn= und Feiertage vom 23. No= vember 1931 (Gesetzsamml. S. 249) wird im § 5 a der letzte Halbsatz "sofern sie mit Um= oder Aufzügen, mit Unterhaltungsmusik oder Festveranstaltungen verbunden sind," durch den Halbsatz "sofern sie einem größeren Bublifum dargeboten werden," ersest.

\$ 3.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Veröffenklichung in Kraft.

Berlin, den 3. Märg 1933.

Der Preußische Minister des Innern.

Der Kommissar des Reichs.

Göring.

# Befanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

- 1. der Erlaß bes Preußischen Staatsministeriums vom 31. Dezember 1932 über die Genehmigung der von der Pommerschen Generallandschaftsdirektion beschlossenen Anderung des § 298 c der Landschaftsordnung
  - durch das Amisblatt der Regierung in Stettin Nr. 4 S. 17, ausgegeben am 28. Januar 1933;
- 2. ber Erlag bes Preußischen Staatsministeriums vom 31. Dezember 1932 über die Genehmigung einer Anderung der Satzung der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesit
  - durch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 4 S. 18, ausgegeben am 28. Januar 1933;
- 3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 18. Januar 1933 über die Genehmigung der von der Pommerschen Generallandschaftsdirektion beschloffenen Anderung des § 314 der Landschaftsordnung
  - durch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 4 S. 30, ausgegeben am 11. Februar 1933;
- 4. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums bom 18. Januar 1933 über die Genehmigung einer Anderung der Satzung der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesit
- burch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 6 S. 30, ausgegeben am 11. Februar 1933;
- 5. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 21. Januar 1933 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Königswufterhausen-Mittenwalde-Töpchiner Kleinbahn-Gesellschaft, Attiengesellschaft in Berlin, für den Bau und Betrieb eines Berbindungsgleises an die Neukölln-Mittenwalder Eisenbahn bei Mittenwalde und eines Gleisbogens zur Bermeidung der Spitsehre bei Gallun

burch das Amtsblatt der Regierung in Potsdam Nr. 12 S. 89, ausgegeben am 4. März 1933.

R 30

bench ben Andrickets ber Rieferung in Belatend Dr. 12 S. S. in reaction on A (1987) 1984.